



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 20. August 2026

**Hisbollah-Verbot: Änderung des Bundesgesetzes über das Verbot der Hamas sowie
verwandter Organisationen; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

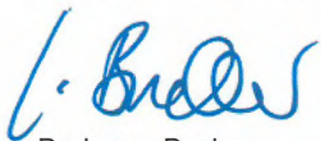
Mit Schreiben vom 12. Juni 2026 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Hisbollah-Verbot ein, das durch eine Änderung des Bundesgesetzes über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen (SR 122.1) umgesetzt werden soll. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung begrüsst, dass analog dem Hamas-Verbot mit der vorliegenden Gesetzesanpassung auch die Hisbollah, Tarn- und Nachfolgegruppierungen sowie Organisationen und Gruppierungen, die im Auftrag oder im Namen der Hisbollah handeln, verboten werden sollen. Sie erachtet zudem die Ausnahme vom Verbot mit Blick auf Kontakte mit der Hisbollah zum Zweck der Umsetzung humanitärer Massnahmen als sinnvoll. Die Erteilung der Kompetenz an den Bundesrat, Organisationen und Gruppierungen zu verbieten, deren Führungspersonen, Zielsetzung oder Mittel mit denjenigen der Hisbollah übereinstimmen und die mittelbar oder unmittelbar terroristische oder gewalttätig-extremistische Aktivitäten unterstützen und damit die innere oder äussere Sicherheit konkret bedrohen, beurteilt die Regierung als zweckdienlich.

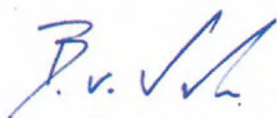
Die Regierung teilt aber die Ansicht der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren in deren Stellungnahme vom 27. Juli 2026 an den Bund, dass eine Änderung von Art. 74 des eidgenössischen Nachrichtendienstgesetzes (SR 121; abgekürzt NDG) die sachgerechtere und nachhaltigere Lösung wäre, um künftige Organisationsverbote durch den Bundesrat systematisch und ohne den Erlass weiterer Spezialgesetze regeln zu können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Dr. Laura Bucher
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
kpr-rm@fedpol.admin.ch